

Pro und contra Stadtpolizei

Die Stadtgemeinde Zell am See beschloss mehrheitlich die Einführung. Nicht alle sind dafür.

ERWIN SIMONITSCH

ZELL AM SEE. Die Sicherheit sei ein hohes Gut in der Bevölkerung und bei den Urlaubsgästen, sagt Bürgermeister Peter Padourek (ÖVP). „Unser Ansatz ist: Die Sicherheit muss absolut gewährleistet sein.“ Die Bereitstellung der dafür notwendigen Infrastruktur sei nicht mehr allein Sache der Bundespolizei, sondern auch der Stadtgemeinde. „Ich bin Realpolitiker. Und als solcher sehe ich, dass die Bundespolizei mehr Aufgaben als früher wahrnehmen muss, ich weise nur auf die Flüchtlingskrise hin.“



„Im Frühjahr 2017 können sie bei uns auf Streife gehen.“

Bgm. Peter Padourek, ÖVP

Dadurch seien immer wieder Polizisten von ihren Posten abgezogen und woanders eingesetzt worden. „Es hat trotzdem gut geklappt, aber die Aufgaben werden mehr – und es gibt auch vermehrt Aufgaben der Gemeinden, die gar nicht Sache der Bundespolizei sind.“ Die Kontrolle der Einhaltung von Gemeindeverordnungen wie Alkoholverbot auf öffentlichen Plätzen oder Leinenpflicht für Hunde falle darunter, sagt Padourek. „Dazu kommen die Überwachung des Parkraumes, die Kontrolle von Tempolimits und die Überprüfung von möglicherweise illegalen Zweitwohnsitzen. Auch bei der Verkehrserziehung für Kinder oder bei der Sicherung von Veranstaltungen kann eine Stadtpolizei der Bundespolizei zeitintensive Arbeiten abnehmen. Und das in ergänzender Weise. Die Bundespolizei hat überörtliche Kompetenzen, die Stadtpolizei örtliche, sie können

sehr gut zusammenarbeiten“, sagt Padourek.

Die Gemeindevertretung fasste am Montag voriger Woche mit den Stimmen von ÖVP, Grünen und FPÖ den Beschluss, eine Stadtpolizei einzuführen. Zustimmung müssen noch Bund, Land und Bezirkshauptmannschaft. Dies sei nur ein Formalakt, denn in der Vorbereitung habe man sich mit diesen Stellen bereits sehr gut abgestimmt, sagt Padourek.

Erleichtert habe die Sache auch die neue Polizeiausbildung, die es ermögliche, parallel zur zweijährigen Polizeischule in mehreren Modulen die Praxis zu absolvieren. „Die Ausbildung beginnt im September, nach einem halben Jahr Theorie folgt ein Praktikum. Das heißt, unsere Polizisten können schon im Frühjahr 2017 auf Streife gehen.“

Die Zeller Stadtpolizei soll aus fünf Personen bestehen. Ihre Auswahl erfolge in Kooperation mit der Landespolizeidirektion. Sie wird die gleichen Befugnisse



Präsenz soll die Exekutive zeigen, das wird eine der Hauptaufgaben

haben wie die Bundespolizei – mit Ausnahme kriminaltechnischer Angelegenheiten – und die gleichen Uniformen tragen. Nur das Stadtwappen mit dem heiligen Hippolyt ersetzt den Bundesadler auf den Uniformen. Das Wachzimmer wird im Hallenbadgebäude, das der Gemeinde gehört, untergebracht.

Die Kosten für die Stadtpolizei beziffert der Bürgermeister mit

rund 470.000 Euro pro Jahr. „Dem stehen Einnahmen gegenüber. Derzeit sind das allein aus der Parkraumüberwachung etwa 100.000 Euro. Unterm Strich betragen die jährlichen Mehrkosten rund 130.000 Euro.“ Die Parkraumkontrolle in der bisherigen Form wird es künftig nicht mehr geben. Es werde sich einiges ändern, sagt Padourek: „Wir müssen für diverse Sicherheits- und

Zeller SPÖ ist dagegen

Die Sozialdemokraten sind hingegen für ein „Ordnungsamt“.

ZELL AM SEE. Die SPÖ stimmte gegen die Einführung einer Stadtpolizei. Begründung: „Die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit ist die Aufgabe des Bundes“, sagt Fraktionsobmann Christof Mayr. Er ärgert sich darüber, dass die Gemeinde die Kosten dafür übernehme. Allein bis 2018 seien 620.000 Euro dafür veranschlagt. Aus Strafen sollen im Jahr 2020 150.000 Euro mehr eingenommen werden. Mayr: „Dies trifft in erster Linie die einheimische Bevölkerung, zum Beispiel bei Radar-

messungen.“ Es gebe eine Vielzahl an Verordnungen, die auch überprüft werden müssten. „Alkoholverbot auf öffentlichen



Christof Mayr, SPÖ

„Bedienstete der Gemeinde könnten das auch machen.“

Plätzen, Einhaltung der Sperrstunden, Leinenzwang für Hunde, illegale touristische Nutzung von Wohnungen, Kontrolle von

vermuteten Zweitwohnsitzen etc.“ Solche Überprüfungen könnten auch Gemeindebedienstete wahrnehmen. Die SPÖ regte an, dafür ein „Ordnungsamt“ zu installieren. Der Antrag fand keine Mehrheit. Sie forderte daher, dass das laut Stellenplan vorgesehene Personal der Bundespolizei ständig vor Ort sein müsse und in der nahen Zukunft aufgestockt werde. Ebenso solle die Bundespolizei ermächtigt werden, ortspolizeiliche Verordnungen zu kontrollieren und zu vollziehen. „Leider fand auch dieser Antrag keine Mehrheit“, so Mayr.



der künftigen Stadtpolizei sein.

BILD: ANTON KAINDL

Kontrolldienste niemanden mehr beauftragen. Das kostet bisher auch ganz schön viel Geld.“

Im Kern solle die Stadtpolizei das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung und Gäste stärken und die Bundespolizei entlasten. „Wir haben pro Jahr 2,5 Millionen Nächtigungen in der Region Zell am See-Kaprun. Zusammen mit unseren knapp 10.000 Einwohnern kommen wir öfters auf

20.000 Menschen, die hier leben, das muss man berücksichtigen“, so Padourek.

Der Bürgermeister sagt auch: „Die Stadtpolizei darf anhalten und Strafe kassieren. Aber es geht uns nicht ums Abkassieren, wir wollen die Leute eher auf Fehlverhalten aufmerksam machen. Wichtig ist, dass unsere künftigen Polizisten sehr gut kommunizieren können.“

Bezirkspolizeikommandant begrüßt die Einführung der Stadtpolizei

ZELL AM SEE. Für Bezirkspolizeikommandant Kurt Möschl ist die Einführung einer Stadtpolizei „eine sehr positive Sache und für



„Es wurde alles zwischen Polizei und Gemeinde abgesprochen.“

Kurt Möschl, Bundespolizei

uns auch eine Unterstützung“. Im Vorfeld hätten sich die verantwortlichen Personen und Institutionen immer abgesprochen. „Bürgermeister Padourek schießt

hier nicht aus der Hüfte, es gab und gibt zwischen uns einen sehr guten Draht. Alles wird gut abgesprochen. Auch mit unserem Landespolizeidirektor Ruf und unserer Rechtsabteilung ist alles geklärt. Der Bürgermeister wünscht unter anderem ja auch, dass wir bei der Personalauswahl mitmachen.“

Möschl erläutert, dass die Bundespolizei nicht für die Überprüfung von Gemeindeverordnungen zuständig sei. „Alkoholverbot auf öffentlichen Plätzen, Leinenpflicht, Badeverbote und Ähnliches, diese Überprüfungen können wir nicht wahrnehmen.“

Jeder sollte sich auch einmal selbst an der Nase nehmen

SCHLAGLICHT

Erwin Simonitsch



Zell am See braucht eine Stadtpolizei – davon sind ÖVP, Grüne und FPÖ überzeugt. Die Mandatäre spürten vermehrt Unsicherheit in der Bevölkerung, heißt es auf Nachfrage. Obwohl, konkreten Anlass dafür gibt es keinen. Es ist wohl vielmehr ein diffuses Unsicherheitsgefühl, das aus einem Gemisch aus Flüchtlingskrise, Verkehrsproblemen, Hundekot in den Parkanlagen, vermuteten illegalen Zweitwohnsitzen und manchem mehr entstanden ist. Bis hin zu Arbeitsplatzsorgen. Ordnung und Sicherheit scheinen ange-

griffen zu werden, und wenn man will, so findet man dafür auch gleich Beispiele: Die wilde Parkerei hat zugenommen. „Unterm Kaiser hätt's des net gebn“ (gemeint war der ehemalige Verkehrsstadtrat Bernd Kaiser), hörte ich kürzlich, die Leinenpflicht wird von Hundehaltern vermehrt vernachlässigt, in den Straßen der Gemeinde wird gerast. Abgenommen hat die Zivilcourage, kaum jemand tritt gegen einen Rabauken auf oder für einen anderen ein. Dafür ertönt immer lauter der Ruf nach der Polizei. Sie wird kommen, eines kann sie aber nicht ersetzen, dass sich jeder selbst an die Regeln hält.

ERWIN.SIMONITSCH@SVH.AT

Mittersills Ortschef lehnt eine Stadtpolizei strikt ab

MITTERSILL. Für „überflüssig“ hält Bürgermeister Wolfgang Viertler eine Stadtpolizei. Es sei nicht Kernaufgabe einer Gemeinde, eine verfehlte Sicherheitspolitik des Bundes auszugleichen. „Man bläst nur den Verwaltungskörper auf. Die Exekutivleute sind dann Gemeindeangestellte.“ Deren Akzeptanz könne wegen der persönlichen Nähe zu Betroffenen auch leiden. „Manche meinen, das richtige ist mir schon mit der Gemeinde. Als Bürgermeister und als Gemeinde ist man noch einmal in unmittelbarer Interventionspflicht.“

Das Gemeindebudget werde jedenfalls belastet, man müsse Geld umschichten, das fehle dann in anderen Bereichen. „Zell am See wird es wahrscheinlich nicht fehlen, auch nicht den reichen Gemeinden, aber wir haben dann auch in den Kommunen eine Zwei- und Dreiklassengesellschaft. Die Solidarität zwischen den Kommunen lässt schon bisher sehr zu wünschen übrig. Das ist ein weiterer Schritt dazu.“

Seine Meinung sei keine Anklage gegen Zell am See, sagt Viertler. Aber er hätte anders reagiert: „Ich würde zum Landeskommendanten der Polizei ge-



„Ich würde den Posten nicht aus der Schusslinie lassen.“

Bgm. Wolfgang Viertler

hen und fragen: Kann ich einen Mann anmieten? Da gibt es vielleicht Möglichkeiten. Ich muss diese Leistung zwar kaufen, aber ich muss mir auch einen Sicherheitsdienst kaufen. Nur habe ich das Backoffice nicht. Ich kann mir vorstellen, eine Pauschale zu bezahlen, etwa 25.000 Euro pro Jahr, und erhalte dafür einen halben Mann für ein Jahr. Und zwar dann, wenn ich ihn brauche, in Zweier-Einsätzen.“ Noch lieber wäre ihm, wenn die Polizei präsenter wäre und die Posten voll besetzt. „Mittersill hat 22 Dienstposten und zwölf Leute sind da, das kritisiere ich.“